

Polizeiaufgabengesetz



Und täglich grüßt das Murmeltier! So ungefähr fühlt man sich, wenn die Landesregierung eine Gesetzesänderung, insbesondere wenn es um politisch hochsensible Bereiche geht, verabschieden will. Erst kommen monatelange Diskussionen in verschiedenen Arbeitskreisen unter der Überschrift „Mal rein in die Kartoffeln – mal raus aus den Kartoffeln“. Danach einigt man sich auf einen Entwurf, der, kaum fertiggestellt, von den eigenen Leuten auch schon wieder zerredet wird. Letztlich kommt dann ein Gesetzentwurf in die Regierungsabstimmung, von dem offensichtlich die wenigsten jemals etwas gehört haben. Forstreform, Polizeireform, Kommunalreform und jetzt Polizeiaufgabengesetz. Immer das gleiche Strickmuster. Man hofft nur, dass es nicht in dem gleichen Desaster wie die anderen Reformen endet.

Der Ausgangspunkt ist sicherlich richtig. Terrorismusbekämpfung, Erhöhung der Sicherheitslage, Umsetzung von Bundesverfassungsgerichtsurteilen. Und diese Diskussionen gibt es beim Bund und auch in vielen anderen Bundesländern. In einigen sind die Gesetzesänderungen sogar

relativ geräuschlos (Baden-Württemberg mit Grüner Landesregierung) durchgelaufen. In anderen Bundesländern, wie in Bayern, demonstrieren mehrere zehntausende Menschen gegen den Gesetzentwurf der Landesregierung. Sicherlich lässt auch hier wieder die Föderalismusreform grüßen.

Ursprünglich war es nach dem 2. Weltkrieg Ziel der Alliierten, keinen neuen Reichs-/Polizeistaat auf deutschem Boden zuzulassen. Deswegen wurde die Verantwortung in die einzelnen Bundesländer delegiert und damit dezentralisiert. Anfang der 70er-Jahre beschloss die IMK, ein einheitliches Polizeiaufgabengesetz in dieser Bundesrepublik zu schaffen. Immerhin, fast 50 Jahre später, ist man kaum einen Schritt weiter. Man kann eben nicht einfach den Brandenburger Gesetzentwurf mit Bayern oder Baden-Württemberg, Mecklenburg-Vorpommern oder anderen vergleichen, da es bundesweit keinen echten politischen Willen zu einem einheitlichen Polizeiaufgabengesetz gibt.

Brandenburger Posse

Vertreter der einen Regierungspartei behaupten, dass der Gesetzentwurf mit den Spitzen der anderen Regierungspartei abgestimmt ist. Diese wiederum behaupten, dass Änderungsvorschläge, die mit der anderen Regierungspartei besprochen waren, nicht berücksichtigt wurden. Die wiederum behauptet, dass die Führung der anderen Partei Kompromisse nicht kommuniziert hat.

Zum guten Ende wurde der Gesetzentwurf ins Internet eingestellt, um allen Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit zu geben, sich selbst zu informieren und sich selbst eine Meinung zu bilden. Da dieses wiederum gegen eine Geschäftsordnung der Landesregierung verstößt, wurde der Gesetzentwurf wieder aus dem Internet herausgenommen, was logischerweise das Vertrauensverhältnis

der Bevölkerung zum Gesetzgeber nicht stärkt. Jetzt fragen sich alle, kommt das Gesetz überhaupt noch in dieser Legislaturperiode? Und wenn ja, in der jetzigen Form (mit großer Wahrscheinlichkeit nicht) oder mit welchen Kompromissen?

Die Gewerkschaft der Polizei hat sich bei der Erarbeitung des Gesetzentwurfs in einem Punkt bereits vorab klar und eindeutig positioniert. Keine Handgranaten gegen Menschen einzusetzen. Wir leben in einem Rechtsstaat und befinden uns nicht im Bürgerkrieg. Auf der anderen Seite unterstützen wir zahlreiche Gesetzesveränderungen, weil sie notwendig sind, um Terrorismusbekämpfung endlich auch ernst zu meinen. Technische Veränderungen (z. B. neue Medien) erfordern eine sogenannte Quellen-TKÜ. Das klassische Telefonabhören ist mittlerweile so überholt wie alleiniges Telefonieren vom Festnetz. Fußfesseln sind richtig und notwendig. Sie verhindern aber keine Straftaten, da dadurch nur die Position eines Gewalttäters oder Gefährders ermittelt werden kann. Das gleiche betrifft Aufenthaltsbeschränkungen. Die Schleierfahndung hat sich im 30-km-Grenzbereich bewährt. Eine Erweiterung auf das gesamte Land unter bestimmten Voraussetzungen macht aus polizeilicher Sicht ausdrücklich Sinn.

Verlängerungen der Speicherdauer von Videoaufnahmen erhöht die Wahrscheinlichkeit der Aufklärung von Straftaten, weil oft bei Bekanntwerden der Straftat die Videoaufzeichnung bereits gelöscht wurde. Der Zeitraum der Verlängerung von Gewahrsamsnahmen ist sicherlich zu diskutieren. Häufig wird in den Diskussionen der polizeiliche Gewahrsam aber mit Abschiebegefängnissen verwechselt.

Wichtig ist, dass bei fast allen Neuerungen ein Richtervorbehalt im Gesetz steht. Es wird also weiterhin keinen Polizeistaat geben, sondern wir als Polizei ermitteln, bewerten, sam-

Fortsetzung auf Seite 2

Fortsetzung von Seite 1

meln Daten und bereiten eine Entscheidung eines Richters vor. Er entscheidet über die Umsetzung der Maßnahme oder auch nicht.

Klare Gewaltentrennung

Ob dies bei Gefahr im Verzug durch einen Polizeiführer ausgehebelt werden kann und muss, ist teilweise fraglich. Um die politische Diskussion zu vereinfachen, sollte hier noch einmal über die polizeiliche Notwendigkeit nachgedacht werden.

Altes/Neues Polizeiaufgabengesetz

Bei Verabschiedung des bisherigen Polizeiaufgabengesetzes gab es die Terrorismusgefahr noch nicht in dem gegenwärtigen Umfang. Mittlerweile ist sie zur latenten Gefahr geworden.

Der Verfassungsschutzbericht des Bundes und des Landes Brandenburg zeigen dieses eindeutig. In Fakten und Zahlen wird untersetzt, dass Links- und Rechtsextremisten, sogenannte Reichsbürger und gewaltbereite Islamisten zunehmen. Wenn man diesem Phänomen begegnen will und Terrorismusbekämpfung erst meint, muss man der Polizei die rechtlichen Möglichkeiten geben. Wir handeln nur nach rechtlichen Vorga-

ben. Wenn es einen Fall Amri in Brandenburg gäbe, wird jeder im Nachhinein die Frage nach dem Warum, Wieso, Weshalb stellen. Deswegen ist rechtliche Klarheit für eindeutiges polizeiliches Handeln zwingend notwendig.

Politik ist gefordert, sich dieser Herausforderung zu stellen und nicht Murmeltier zu spielen.

Andreas Schuster

KREISGRUPPE OST

Wir laden ein!

Aktuelle Termine – GdP-Kreisgruppe PD Ost

Tag der offenen Tür der Polizeidirektion Ost am 22. 9. 2018

In Fürstenwalde sind wir als GdP Kreisgruppe mit einem eigenen Info-stand vor Ort. Weitere Angebote des Tages: Zusammenwirken der Polizei und der Feuerwehr im Rahmen der Rettungskette; der Wasserwerfer der Polizei im Einsatz; Polizeihubschrauber im Anflug; Schreckschusspistolen sind gefährlich – praktische Demonstrationen; die „Drohne“ der Polizei im Einsatz.

Fahrsicherheitstraining bei der Kreisverkehrswacht Barnim e.V. Samstag, den 20. 10. 2018,

im Gewerbepark Ladeburg.
Verbindliche Teilnahme bis spätestens 1. 10. 2018.

Der Eigenanteil beträgt 10 Euro.
Die Ehepartner sind dazu ebenfalls recht herzlich eingeladen.

Polizeifest der Basisgruppe Uckermark, 17. 11. 2018,

im Ahornhotel Templin, Kartenvorverkauf über gdppost@gmx.de oder direkt über Bernhard Klausmeyer 01 73/2 07 84 03).

Kartenpreis für Büfett und Abendgestaltung 35 Euro pro Person.

(je 5 Euro GdP-Nachlass für Mitglieder und für deren Partner/-in).

Zimmerreservierung (DZ 70 Euro) unter 0 39 87/49 12 16 Kennwort „Polizeiball“, Hotel-Infos, www.ahorn-hotels.de

Um die Gesundheit

geht es am 22. 11. 2018, 15 Uhr, in Bernau in den Räumen der Volkssolidarität, Sonnenallee 2.

Thema: Schlaganfall.
Anmeldung bitte bis spätestens 1. 11. 2018.

Der Eigenanteil von 5 Euro wird für GdP-Mitglieder über die Kreisgruppe abgesichert.



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: **Landesbezirk Brandenburg**

Geschäftsstelle:
Großbeerenstr. 185
14482 Potsdam
Telefon (03 31) 7 47 32-0
Telefax (03 31) 7 47 32-99
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Redaktion:
Frank Schneider (V.i.S.d.P.)
Großbeerenstr. 185
14482 Potsdam
Telefon (03 31) 8 66 20 40
Telefax (03 31) 8 66 20 46
E-Mail: PHPRMI@AOL.com

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 40
vom 1. Januar 2018

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0949-278X



Darf es etwas mehr Urlaub sein?



Wir zahlen Mitgliedern der GdP und ihren Angehörigen nach Abschluss der über uns gebuchten Reise einen kräftigen Reisekostenzuschuss.

So einfach geht das:

1. *Urlaubsreise aussuchen, Reisekataloge studieren
- am besten daheim -*
2. *Reiseanmeldung ausfüllen, zweckmäßig ist das Angeben von Alternativen!*
3. *Fax senden an 0331 /7473299*
4. *Reisebestätigung folgt*



Geld sparen - mit den Angeboten der GdP Poliservice GmbH



Katalogreisen
Sonderreisen
Autokauf

Infos, Buchungen, Bezugsscheine, Vertragsunterlagen bei GdP Poliservice GmbH

03 31 / 74 73 20 Internet: www.gdp-brandenburg.de

Mail: gdp-brandenburg@gdp.de

Erstes Treffen der „neuen“ Frauengruppe der GdP

Am 27. 6. 2018 trafen sich die in den Kreisgruppen neu gewählten Frauenvertreterinnen zu ihrer ersten Sitzung in der Geschäftsstelle der GdP in Potsdam-Babelsberg.

In altbewährter Art und Weise berichtete der bisherige, seitens des GLBV Verantwortliche für die Frauengruppe, Tommy Kühne, ein letztes Mal in dieser Funktion, zur aktuellen Gewerkschaftspolitik, wertete den Landesdelegiertentag aus und informierte zu den dort gewählten Gremien. An den Landesdelegiertentag gerichtete Anträge werden nun unter anderem Grundlage für die Arbeit der Landesfrauengruppe in den nächsten 4 Jahren sein. Conny Zimmerling berichtete im Anschluss daran über die Bundesfrauenkonferenz, die im März dieses Jahres in Potsdam stattfand. Hier nahmen 5 Frauen aus unserem Landesbezirk teil. Ebenfalls informierte sie die Anwesenden über den neu gewählten Bundesfrauenvorstand und wies darauf hin, dass die Themenfelder, die auf Bundesebene für die Arbeit der Bundesfrauengruppe festgelegt wurden, auch aus den jeweiligen Landesfrauengruppen bedient werden müssen. Hierbei ging und geht es hauptsächlich um die Themen Gleichstellung, Lebensar-



Conny Zimmerling, Antja Branding, Kerstin Ohde (v. l. n. r.) Bild: C. Schostag

beitszeit, Versorgungslücken und Frauen in Führungsfunktionen.

Nachdem diese Themen abgearbeitet waren, ging es nun an die Konstituierung unserer Landesfrauengruppe. Der alte Vorstand war bereits auf der Frauenversammlung am 21. 11. 2017 verabschiedet worden. Ein großes Dankeschön ging an die-

ser Stelle noch einmal an die „Verbindungsfrau“ vom GLBV, Tommy Kühne, welcher die Frauengruppe jahrelang begleitete. Diese Funktion – die Verbindung zum GLBV – wird zukünftig von Conny Schostag wahrgenommen.

Zur neuen Frontfrau der Landesfrauengruppe wurde Conny Zimmerling (KG Nord) gewählt, die diese Funktion aus ihrer vergangenen Gewerkschaftsarbeit nicht unbekannt ist. Vertreten wird sie durch Kerstin Ohde (KG Süd) und Antje Branding (KG LKA). Herzlichen Glückwunsch noch einmal zu eurer Wahl.

Der neu gewählte Vorstand und die weiteren Frauenvertreterinnen der Kreisgruppen steckten gleich noch ihre konkreten Aufgaben für die Zukunft ab. Dies sind erstmal alle Anträge auf Bundes- und Landesebene, die an die Frauengruppe aus den jeweiligen Delegiertentagen oder Konferenzen gestellt wurden. Zudem wollen wir uns dem Thema „Gewalt gegen weibliche Bedienstete“ widmen. In welcher Form wir dies gestalten, werden wir in den nächsten Wochen und Monaten planen und organisieren. Dafür wünsche ich euch/uns viel Kraft und gutes Gelingen.

Conny Schostag, GLBV

AKTUELLES

Kritik der GdP aufgegriffen und umgesetzt

Erschwerniszulagenverordnung für das Land Brandenburg

Die Erschwerniszulagenverordnung für das Land Brandenburg (BbgEZulV) musste geändert werden. Und das schnell. Die von der Gewerkschaft der Polizei ausgehandelte Zahlung einer Zulage für die Bereitschaftspolizei ab 1. 1. 2018 musste neu in die Verordnung eingearbeitet werden.

Erst wenn die Verordnung in Kraft tritt, kann die rückwirkende Zahlung zum 1. 1. 2018 erfolgen.

Ohne Verordnung keine Zahlung. Zusätzlich wurde mit der Änderung angestrebt, dass die Erschwerniszulagensätze für Spezialeinheiten der Brandenburger Polizei angehoben werden. Der Grund ist hier die Konkurrenzsituation zur Bundespolizei. Dort wird eine neue Einheit der Bundespolizei in Berlin-Spandau stationiert. Auch gestaltet es sich immer schwieriger, geeigneten Nachwuchs aus dem eigenen Bestand der Polizei des Landes Brandenburg zu gewinnen. Natürlich soll mit dieser Anhebung auch den besonderen Erschwer-

nissen für diesen Bereich und den anspruchsvolleren und gefährlicheren Aufgaben entsprochen werden.

Forderung der Gewerkschaft der Polizei war, für den gesamten Bereich der Spezialeinheiten die Zulage von gegenwärtig 225 Euro auf mindestens 400 Euro anzuheben. Im ersten Entwurf der Änderung der Erschwerniszulagenverordnung wurden 300 Euro aufgenommen. Diese jedoch allein für Bedienstete des Spezialeinsatzkommandos. Alle weiteren Bereiche der SE blieben außen vor.



AKTUELLES

Im Rahmen der offiziellen Beteiligung der Gewerkschaften, hier GdP über den DGB, und in zahlreichen Gesprächen mit Innen- und Finanzminister äußerte die GdP die berechtigte Kritik unserer Kolleginnen und Kollegen der Spezialeinheiten, die nicht von dieser Erhöhung erfasst waren. Mit Erfolg! Nunmehr sollen auch die Bediensteten des MEK und des Personenschutzes die erhöhte Zulage erhalten. Auch die Zulage für verdeckte Ermittler wurde auf 300 Euro angehoben.

Klar ist, dass die Zulage für die Bereitschaftspolizei rückwirkend ab 1. 1. 2018 gezahlt wird. Offen ist die Zahlung der erhöhten Zulage für die Spezialeinheiten. Erfolgt sie zum 1. 1. 2018 oder zum Mai 2018 oder erst ab 1. 1. 2019? Aus der entsprechenden Pressemitteilung von Finanz- und Innenministerium ist das nicht eindeutig abzuleiten. Aber auch diese Frage werden wir lösen.

Die Gewerkschaft der Polizei dankt jedenfalls Innen- und Finanzministe-

rium, dass sie sich auf unsere Kritik hin auf eine einheitliche Erhöhung der Erschwerniszulage für SEK, MEK und Personenschutz verständigt haben.

Die Frage von Zulagen und Zuschlägen für den gesamten Bereich der Polizei wird zentrales Thema der Gewerkschaft der Polizei im Rahmen des Wahlkampfes der Parteien zu den Landtagswahlen 2019 sein.

Michael Peckmann

SENIOREN

Zu Gast im Europäischen Parlament

Eine kleine (14-köpfige) Gruppe der Mitglieder der Senioren der GdP Potsdam waren in das Europäische Parlament nach Brüssel eingeladen – eine Bildungs- und Erlebnisreise vom 2. – 4. Mai 2018, die uns, wie auch die weiteren 31 Teilnehmern aus anderen Bereichen der Wirtschaft und des Lebens, sicher lange in Erinnerung bleiben wird.

Ab dem Treffpunkt auf dem Berliner Hauptbahnhof, während der Fahrten mit den ICEs, der Metro und der verschiedensten Buslinien, aber auch im Parlament wurden wir sehr gut von zwei jungen Mitarbeitern aus dem Büro unseres Gastgebers Helmut Scholz betreut. Während eines gemeinsamen Abendessens im Zentrum von Brüssel wurden intensive Gespräche mit unserem Gastgeber geführt und wir auf die Konferenz am nächsten Tag vorbereitet. Diese Konferenz stand unter der Leitung von Helmut Scholz (Mitglied des EU-Parlaments seit 2009). Behandelt wurde das Thema der Handelsabkommen, wobei die vielen unterschiedlichen Gesichtspunkte angesprochen wurden, so auch CETA. Sehr interessante Stunden, mit Kopfhörer in den Reihen zu sitzen und sich fühlen zu können wie ein Parlamentarier. Im Anschluss an die drei-stündige Konferenz „EU-MERCOSUR Handelsabkommen“ hatten wir die Möglichkeit (von allen genutzt), hinter die Kulissen des Parlamentes zu schauen. Beeindruckend der große Plenarsaal mit Blick auf die Plätze des Präsidiums und die Dolmetscherkabinen. Über die Arbeit und die Arbeitsweise der EU wurden



Unser Team in Brüssel

Bild: M. Wagner

wir in einem persönlichen Gespräch mit Helmut Scholz ausführlich und sehr verständlich informiert. Er beantwortet gern die Fragen unserer Teilnehmer, egal ob zur aktuellen politischen Situation oder zu Fragen zur Zusammensetzung der einzelnen Fraktionen. Auch wenn wir alle Senioren sind, so sind wir doch immer noch sehr am Weltgeschehen interessiert. Hier kann ich nur mal für mich allein sprechen. Obwohl ich zwar immer zur Wahl gehe, so ist mir die Bedeutung der Wahl durch die Erläuterungen der Wichtigkeit erst richtig bewusst geworden. Vielleicht lese ich in Zukunft sogar öfter mal einen Arti-

kel, der im Zusammenhang mit den über 510 Millionen Mitgliedern aus 28 Ländern zu finden ist. Mein persönliches Interesse ist aufgrund dieses Besuches geweckt. Auf der Grundlage von Gesprächen, die wir in unserer Gruppe im Anschluss führten, bin ich mir sicher, dass es vielen Teilnehmern ebenso geht. Doch nicht nur Bildung im Parlament war angesagt, nein, auch ausreichend Freizeit, um die schönen Ecken Brüssels auf eigene Faust entdecken zu können. Männeken Piss, die Kathedrale, das Rathaus und die alten Bürgerhäuser

Fortsetzung auf Seite 6



SENIOREN

Fortsetzung von Seite 5

rund um den großen Markt. Das Fahren mit der Metro und mit den Bussen war aber, egal zu welcher Zeit, ob in kleinen oder großen Gruppen, stets und ständig eine riesige Herausforderung.

Bewundernswert, wie es unseren beiden Betreuern, Felix Thier und Friederike Gronde-Brunner gelungen ist, in diesem Gedränge von Menschen eine Gruppe von 45 Senioren mit unterschiedlichen Mentalitäten zusammenzuhalten. Ihnen ge-

bührt dafür großer Respekt und ein herzliches Dankeschön.

Eine kleine Gruppe von uns waren sogar dabei, als Figuren von STAR WARS einen Umzug über den Marktplatz und durch die Gassen von Brüssel machten, um dann in aller Öffentlichkeit das Rathaus zu besetzen.

Wenn ich jetzt wollte, könnte ich noch über so manche am Rande erlebte Panne (kein warmes Wasser an einem Morgen, ausgefallene Klimaanlage im ICE bei der Rückreise) berichten, aber das möchte ich auf kei-

nen Fall, denn es war sehr, sehr schön. Eine informative gemeinsame Unternehmung im Rahmen unserer Gewerkschaftsgruppe, die den Zusammenhalt und die Bindung untereinander erneut gestärkt hat. Gerade das ist nach dem Aussteigen aus dem Berufsleben von enormer Wichtigkeit. Wir freuen uns alle schon voll Spannung auf das nächste Zusammentreffen.

Im Auftrag der Seniorengruppe der GdP Potsdam, PP-Haus, berichtete Marlis Wagner.

BILDUNGSWERK

Seminar Vorbereitung auf den Ruhestand

Irgendwann kommt jeder dahin und die Dienstzeit geht zu Ende – das Licht am Ende des Tunnels ist nicht vom Zug.

Zum Seminar des GdP-Bildungswerkes kamen rund 20 Kolleginnen und Kollegen nach Prieros in das Hotel Waldhaus. Einer kam nicht, der hat wirklich was verpasst. Eine erwartungsvolle Runde hatte im Seminarraum Platz genommen, wobei natürlich auch mir bekannte Kolleginnen und Kollegen dabei waren. Nach rund 40 Dienst- und Gewerkschaftsjahren hat man einiges kennen gelernt und man sollte sich auf den neuen Abschnitt im Leben vorbereiten. Nach einer kurzen Vorstellungsrunde legte der Seminarleiter Dietmar Marschke von der SIGNAL IDUNA los. Am ersten Tag ging es um die Pension, Übergangsgeld, Rente beantragen, Nebeneinkommen, Witwengeld, und auch wenn es so fern klingt Sterbegeld. Nach kurzer Zeit schwirrten Begriffe wie Grundgehalt, Familienzuschlag und Stellenzulage im Kopf herum. Im neuen Lebensabschnitt sollte man die Lohnsteuerklasse und die persönlichen Versicherungen prüfen und ggf. anpassen. Dann kam die Stunde von Timo Ritter. Begleitet mit einem kurzen Vortrag, überreichte er uns eine Ratgeberbroschüre. Nach der abendlichen Stärkung trafen wir uns in großer Runde bei Bier und Wein sowie tollem Wetter auf der Terrasse. Bei so einer extremen Anhäufung von Dienstjahren gab es natürlich viel zu erzählen.



Dietmar (stehend) „fütterte“ uns mit Informationen .

Bild: T. Ritter

Der zweite Tag begann mit einer persönlichen Analyse zur Beamtenversorgung. Dietmar Marschke und Burkhardt Becker hatten unsere Angaben durch ein Programm laufen lassen und so konnten sie für jeden von uns die Pension, das Übergangsgeld und die Rente berechnen. Die nächste große Überschrift war Beihilfe und private Krankenversicherung. Wir haben zum Test einige Formulare der Beihilfe ausgefüllt und Dietmar Marschke hat dazu so einige Tricks und Kniffe verraten. Der

Amtsschimmel wiehert. Neue Begriffe wie Patientenvollmacht, Schwellenwert, Ergänzungstarif oder Vollmacht des Ehepartners für die ZBB schwirrten diesmal durch den Kopf. Alle eingangs gestellten Fragen wurden im Verlauf des Seminars beantwortet.

Wir möchten uns bei Timo Ritter, Dietmar Marschke und Burkhardt Becker für das Seminar bedanken, auch wenn im Kopf noch einiges herum schwirrt, haben wir viel Wissenswertes mitgenommen. **F. Piller**



TARIF

Kampfmittelbeseitigungsdienste

Unterschriftenverfahren abgeschlossen

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

im Juni 2018 (Flyer Nr. 10/2018) haben wir euch über den Stand der Redaktionsverhandlungen informiert.

Nun sind die Tarifverträge endlich unterschrieben und treten rückwirkend zum 1. Januar 2018 in Kraft.

Der Änderungstarifvertrag Nr. 10 zum TV-L sieht vor, dass im TV-L –

Teil B (Sonderregelungen) – der § 51 eingefügt worden ist, der die Sonderregelungen für die Beschäftigten im Kampfmittelbeseitigungsdienst enthält.

In der Entgeltordnung ist im Teil II der Abschnitt 26 eingefügt worden, der die Eingruppierung der Beschäftigten im Kampfmittelbeseitigungsdienst von der EG 5 bis zur EG 12 regelt.

Weiterhin tritt auch der Änderungstarifvertrag Nr. 9 zum TVÜ-L rückwirkend zum 1. Januar 2018 in

Kraft. Er regelt, dass in der Anlage 1 Teil C des TVÜ-L, der die fortgeltenden Tarifverträge enthält, die Nummern 19 bis Nummer 27 gestrichen werden. Die Nummern 19 bis 27 führten die entsprechenden Tarifverträge zur Regelung der Arbeitsbedingungen der im Kampfmittelbeseitigungsdienst Beschäftigten der einzelnen Länder auf.

Somit sind nun auch endlich die Kampfmittelbeseitigungsdienste einheitlich in die Entgeltordnung integriert.

POLISERVICE

DER NEUE FIAT 500
FÜR GdP-MITGLIEDER
ZU **SONDERKONDITIONEN!**

Bis zu 27% auf den neuen FIAT 500





GdP PolIService und
VeranstaltungsGmbH
Landesbezirk Brandenburg

**Neuer Vertragspartner FCA
(Fiat Chrysler Automobiles)**

**für die Marken Fiat,
Chrysler (Jeep) und
Alfa Romeo**



Informationen bei
unserer
GdP PolIService GmbH

Tel.: 0331 747 32 17

E-Mail: ines.ruediger@gdp.de

Kraftstoffverbrauch innerorts: 6,2 – 4,1 l/100 km, außerorts: 4,2 – 3,0 l/100 km, kombiniert: 4,9 – 3,4 l/100 km, CO₂-Emission kombiniert: 115 – 80 g/km

Weitere Modelle und Informationen unter: 0331/74732-0 oder Code scannen

GdP PolIService GmbH · Großbeerenstraße 185 · 14482 Potsdam · Tel.: 0331/74732-0 · Fax: 0331/74732-99 · gdp-brandenburg@gdp.de



Vorteile für Mitglieder der GdP auch bei BMW und Mini



Wir können über unseren Partner Riller&Schnauck in Berlin auch BMW und Mini zu GdP-Vorzugskonditionen bis zu 14 % (abhängig vom jew. Modell) anbieten. Dazu kommen ebenfalls je nach Modell verschiedene Verkaufsprämien.

Bei Interesse besucht einfach: <http://www.riller-schnauck.de/gdp>

Nähere Informationen und Bezugsschein über unsere GdP-Poliservice GmbH

Tel.: 0331 747 32 17 bzw. E-Mail ines.ruediger@gdp.de

[c.de/gdp](http://www.riller-schnauck.de/gdp)

Nähere Informationen und Bezugsschein über unsere GdP-Poliservice GmbH

Tel.: 0331 747 32 17 bzw. E-Mail ines.ruediger@gdp.de

EINSATZ

ZENTRAB II bleibt!

Polizeipräsident Mörke spricht sich klar für den Erhalt von ZENTRAB II aus. Auch die Forderung der GdP nach der Einrichtung von sozialen Ansprechpartnern wird geprüft. Gute Schritte, um die Polizei zukunftsfähiger zu machen!

Unter der Überschrift „Zukunftsfähigkeit der Polizei – Erfolgsfaktor Familie“ fand am 27. 6. 2018 eine Konferenz des höheren Polizeivollzugs- und Verwaltungsdienstes statt.

Zitat aus der Rede von Jörg Göhring (stellv. Landesbezirksvorsitzender):

„Es wurde ZENTRAB II eingeführt. Hier erhalten Beschäftigte in der kriminalpolizeilichen Sachbearbeitung z. B. flexible Gestaltungsmöglichkeiten in der Organisation ihres Dienstes.“

Nur gerade hier erleben wir derzeit eine Neiddiskussion hinsichtlich dieser Gestaltungsmöglichkeiten und es wird überlegt, ZENTRAB II abzuschaffen und in die KKI einzugliedern. Das ist ein falsches Signal und führt zu sehr viel Unverständnis und Unmut der dort Be-

schäftigten. Es wäre doch viel besser, wenn wir gemeinsam überlegen würden, wie die positiven Sozialaspekte von ZENTRAB II auch auf andere Dienstbereiche ausgeweitet werden können.“

In dieser Rede macht Jörg Göhring deutlich, dass sich die Gewerkschaft der Polizei nochmals auf ihrem Landesdelegiertentag mit großer Mehrheit für den Erhalt von ZENTRAB II ausgesprochen hat. Es geht nicht darum zu sagen, was nicht geht und schon gar nicht Positives abzuschaffen, sondern zu überlegen, wie positive Sachen verallgemeinert werden können. Nach dieser Rede hat der Polizeipräsident Mörke diese Initiative aufgegriffen und deutlich gemacht: ZENTRAB II bleibt!

Das Innenministerium griff einen weiteren wichtigen Punkt auf. Die GdP fordert seit vielen Jahren die Einführung von sozialen Ansprechpartnern in den Polizeidienststellen. Nachdem die Gleichstellungsbeauftragten über zwei

Jahre hinweg dieses Thema vorangetrieben haben, wird nun durch das Ministerium geprüft, diese Ansprechpartner in allen vier Direktionen durch externe Einstellungen umzusetzen. Auch das wäre ein wichtiger Erfolg der GdP Brandenburg durch die intensive Arbeit unserer Gleichstellungsbeauftragten.

Die Beibehaltung von ZENTRAB II und die Einführung sozialer Ansprechpartner sind wichtige Schritte, die zeigen, dass es ein Umdenken hinsichtlich familiärer Arbeitsteilung und gesellschaftlicher Akzeptanz auch in der Polizei gibt. Es wird immer schwieriger, die Betreuung eines Kindes oder die Pflege Angehöriger mit unserem Beruf zu vereinbaren. Dazu kommen noch Belastungen aus Schicht- und Bereitschaftsdienst, die Personalsituation sowie wachsende Anforderungen an die Dienstverrichtung. Zukunftsfähigkeit und Attraktivität des Polizeiberufes bedeuten, dass die begonnenen Schritte fortgesetzt werden müssen.

